

**An den
Hessischen Landtag
Die Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses
Postfach 3240
65022 Wiesbaden**

19.05.2008

**Öffentliche Anhörung des Kulturpolitischen Ausschusses zu den
Gesetzentwürfen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein
Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes – Drucks. 17/48 und
Drucks. 17/51 -**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Dr. Lindemann,
vielen Dank, dass Sie uns Gelegenheit zu einer Stellungnahme geben.

1. Stellungnahme zur Drucksache 17/48: Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

Während die Sicherstellung *verlässlicher Schulzeiten* generell befürwortet wird, sollte die Festlegung der (Uhr-)Zeiten den Schulen überlassen werden, damit diese lokale Bedingungen und Aspekte der Profilbildung berücksichtigen können.

Eine „Unterrichtsgarantie“ sollte nicht gegeben werden, sehr wohl aber eine Betreuungsgarantie im Sinne für die Eltern kalkulierbarer und verlässlicher Schulzeiten. Neben diesem Ziel sollte eine wirkliche Autonomie der Schulen – alleine oder in Verbänden (wie in den Niederlanden) - angestrebt werden, die selbst ein Konzept entwickeln können sollten, wie sie diese Betreuungsgarantie unter Berücksichtigung ihres Umfeldes und ihrer lokalen Bedingungen gestalten. Dabei sind die unterschiedlichsten Modelle – auch mit Blick auf eine Profilbildung - denkbar. Hierfür sollten die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Jedes Kind sollte optimal gefördert werden können, das Bildungssystem sollte keine „Sackgassen“ haben. Mit der Abschaffung der *Querversetzung* müssten auch optimierte Fördermöglichkeiten (siehe Schweden) vorgesehen werden, die Geld kosten. Hierzu macht die SPD-Fraktion leider keine Vorschläge.

BAK

**Bundesarbeitskreis
der Seminar- und
Fachleiter/innen e.V.**

**Landesverband
Hessen**

Landessprecher:
Herbert Lauer
Tel.: 069 / 38989340
Fax: 069 / 38989395
E-Mail:
lauer@stsgym.f.shuttle.de
h.lauer@aff.hessen.de
privat
Danziger Allee 20
65239 Hochheim a.M.
Tel: 06146 / 7535
Lauer-hochheim@arcor.de

www.bak-online.de

Eine explizite Unterscheidung zwischen *Lehrkräften* mit entsprechender langjähriger Ausbildung und Qualifikation und zwischen *Laien*, die betreuende und aufsichtliche Aufgaben wahrnehmen, ist zu begrüßen. Die von der SPD-Fraktion angegriffene bisherige Regelung hat – neben vielen anderen Problemen - auch das Vorurteil befördert, Unterrichten könne jedermann, auch ohne entsprechende wissenschaftliche und pädagogische Ausbildung.

Die Vorstellungen der SPD-Fraktion hinsichtlich der *Regelung schulorganisatorischer Fragen* erscheinen insgesamt zu sehr geprägt von Festlegung und Kontrolle und zu wenig durchdrungen von der Idee einer selbständigen Schule. Die den Schulen gewährten Spielräume sind – verglichen mit Regelungen in anderen – erfolgreichen – europäischen Ländern wie den Niederlanden – zu eng.

Eltern sollten nicht an den Kosten der *Schülerbeförderung* beteiligt werden, denn Familien mit Kindern haben erhebliche finanzielle Mehrbelastungen.

2. Stellungnahme zur Drucksache 17/51: Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch nach Meinung des BAK Hessen sollten *Bildungschancen gerecht und Schulsysteme durchlässig* sein, damit alle Kinder und Jugendlichen optimal gefördert werden können. Dies ist allein mit der vorliegenden Gesetzesänderung noch nicht besser zu gewährleisten. Es fehlen optimierte Fördermöglichkeiten (siehe Schweden, Dänemark, Niederlande usw.), die Geld kosten. Hierzu macht die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN leider keine Vorschläge.

Eine überwältigende Mehrheit von Schülerinnen und Schülern legt in Europa das Abitur (oder entsprechend A-Level-Exams, Baccalauréat, Matura) nach 12jähriger Schulzeit ab. Viele der Länder, in denen dies geschieht, weisen gleichzeitig im *Programme for International Student Assessment* auch in der Breite der Schülerschaft hohe Leistungsniveaus nach. Der Schulgemeinde Wahlmöglichkeiten zwischen einer 12- und einer 13jährigen Schulzeit bis zum Abitur einzuräumen – und nicht „G8“ wieder abzuschaffen – scheint hier als Schritt in die richtige Richtung.

Beide Fraktionen schreiben in ihren Entwürfen unter „E. Finanzielle Mehraufwendungen: Keine“. Sind Nichtbeteiligung der Eltern an der Schülerbeförderung, mehr Fördermöglichkeiten, kleinere Klassen wirklich umsonst zu haben?

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Lauer
BAK Hessen